

PRESSEINFORMATION 45/2021

Zur Verabschiedung des Infektionsschutzgesetzes

BWIK-Präsident Grenke: „Trotz Nachbesserungen bleiben Regelungen unverhältnismäßig.“

Stuttgart, 22. April 2021 – Zur Verabschiedung des Infektionsschutzgesetzes durch Bundestag und Bundesrat sagt Wolfgang Grenke, Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIK): „Mit der Verabschiedung des Infektionsschutzgesetzes werden bundeseinheitliche Regelungen gelten. Das ist im Grundsatz zu begrüßen. Auch die Nachbesserungen im Einzelhandel mit Click & Meet bis zu einer Inzidenz von 150 und der grundsätzlichen Erlaubnis von Click & Collect unabhängig von Inzidenzwerten geben eine gewisse Perspektive. Insgesamt bleiben die Regelungen aber unverhältnismäßig. Einzelne Unternehmen und Branchen werden ohne nachvollziehbare Begründung diskriminiert. So bescheinigt das RKI nicht nur dem Einzelhandel, sondern auch der Hotellerie und Gastronomie, ein vergleichsweise geringes Infektionsrisiko. Dennoch zementiert die beschlossene Änderung des Infektionsschutzgesetzes nun die Hoffnungslosigkeit von weiten Teilen unserer Wirtschaft – von der Veranstaltungsbranche, über das Gastgewerbe bis hin zu vielen Dienstleistern.“ Im Südwesten ist aus Sicht der IHK-Organisation von einem dauerhaften Schaden für wichtige, bereits schwer von der Pandemie gezeichnete Branchen mit vielen Insolvenzen auszugehen.

Diese und weitere Presseinformationen unter www.bw.ihk.de/medien/pressemitteilungen

Ansprechpartner für die Redaktionen:

BWIK | Kommunikation
Tobias Tabor
Telefon 0711 225500-64
E-Mail: tobias.tabor@bw.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.